

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

37. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 3. April 2003

Tagesordnungspunkt 5:

Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten: **Jahresbericht 2002 (44. Bericht)**
(Drucksache 15/500)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort der Abgeordneten Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich greife zwei Aussagen aus dem Bericht des Wehrbeauftragten für das Jahr 2002 heraus, und zwar nicht irgendwelche, sondern die meines Erachtens wesentlichen: a) Die Zahl der Beschwerden von Soldatinnen und Soldaten hat zugenommen; b) zugenommen hat auch die Verunsicherung von Soldatinnen und Soldaten. Die PDS im Bundestag findet: Das muss ernst genommen werden. Darüber darf nicht routinemäßig debattiert werden, sondern das muss uns zum Nachdenken anregen. Damit meine ich nicht nur die hier zitierten Ausstattungsprobleme wie Bergstiefel, Rucksäcke oder Dichtungsringe. Bei diesen zwei Grundgedanken spielt die soziale Frage eine große und die Sinnfrage eine noch größere Rolle.

Die **soziale Frage** ist immer auch eine **Ost-West-Frage**. Solange Soldatinnen und Soldaten aus den neuen schlechter als Soldatinnen und Soldaten aus den alten Bundesländern gestellt werden, so lange geht es ungerecht zu.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Sie wissen, dass ich nicht über Milliardenaufwendungen rede. Vielmehr wären mehrere Millionen Euro nötig, um diese Gerechtigkeitslücke zu schließen. Diese ungelöste soziale Frage hat übrigens – das ist makaber – eine Hintertür: Wer in den Krieg zieht, ist plötzlich nicht nur vor Gott, sondern auch vor dem Soldmeister gleichwertig: gleicher Lohn für gleiche Gefahr oder gar Tod? Ich finde, das ist ein schlimmes Motto.

Damit bin ich bei der **Sinnfrage**. Immer mehr Wehrpflichtige verweigern den **Zwangsdienst**. Immer weniger sind bereit, neuen Militärstrategien zu folgen. Sie wollen nicht im Dienste einer Politik stehen, die Kriege im Zweifelsfall für legitim hält und das Völkerrecht für störend. Das Machtgebaren der USA schreckt ab und auf. Schauen Sie sich an, wer in diesen Tagen demonstriert: Das sind jene, die Sie demnächst gerne in der Bundeswehr haben wollen. Diese Jugendlichen haben gut zugehört, als Herr Schäuble für die CDU/CSU im November im Bundestag von Präventivkriegen redete, die zu führen seien. Aber sie vernehmen auch, wenn Bundesminister Struck verkündet, die Verteidigung der Bundesrepublik finde am Hindukusch statt. Diese Jugendlichen merken auf, wenn selbst Bündnis 90/Die Grünen die Bundeswehr und Europa hochrücken wollen.

Für die PDS im Bundestag ist die Sinnfrage der NATO mitnichten beantwortet, jedenfalls nicht positiv. Eine zivile Welt braucht andere, neue Instrumente, um Konflikte zu mindern und zu lösen. Darüber ist angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen den Irak, aber auch anhand des vorliegenden Berichts des Wehrbeauftragten zu reden.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es Sie wundern – aber ich meine das ganz ernst –, wenn ich sage: Herr Penner und seine Mitarbeiter haben eine gute Arbeit gemacht; sie haben eine wichtige Aufgabe. Das ist kein Widerspruch zu dem, was ich eben vorgetragen habe. Es ist richtig, dass die PDS die Wehrpflicht abschaffen möchte. Wir wollen das Militärische zurückdrängen. Aber auch für die Soldatinnen und Soldaten gilt: Solange es sie und ihren Beruf gibt, müssen sie gerecht behandelt werden. Damit es gerechter zugeht, dafür leistet auch der Wehrbeauftragte einen wichtigen Beitrag.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])